

Pressemitteilung

der Stiftung Friedliche Revolution vom 3. Juli 2023

Online-Panel

Stiftung Friedliche Revolution lädt zum Gespräch über die politische Krise in Peru ein

REVOLUTIONALE befasst sich mit „Institutionellem Rassismus und Widerstand“ im Andenstaat

Leipzig. Mit einem zweisprachigen Online-Panel will sich die Stiftung Friedlicher Revolution am 6. Juli (19.00 Uhr) im Rahmen ihres REVOLUTIONALE-Projektes mit Fragen nach der Verantwortung und Aufarbeitung der tödlichen Proteste in Peru zwischen Dezember 2022 und Februar 2023 auseinandersetzen. Dabei werden auch aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen der zivilgesellschaftlichen Bewegung gegen die Politik von Präsidentin Dina Boluarte zur Sprache kommen. Die Diskussion findet im Rahmen der REVOLUTIONALE-Fokusreihe *CONFLICT:ED - Wie können wir mit Konflikt und Krieg umgehen?* statt.

Die Teilnahme ist kostenlos. Die Zoom-Zugangsdaten sind über info@revolutionale.de erhältlich. Die Diskussion ist auf Spanisch mit deutscher Übersetzung vorgesehen. Teilnehmer des Panels sind Juan Chilón, Anführer der Quechua-Indigenen und Subpräfekt des Bezirks Cajamarca, und eine Vertreterin der Frauenbewegung der Region Puno. Das Panel wird moderiert von der Bildungsreferentin und Aktivistin Amanda Luna Tacunan.

Hintergrund:

Seit der Amtsenthebung des damaligen peruanischen Präsidenten Pedro Castillo am 7. Dezember 2022 protestieren die Menschen in Peru gegen die Regierung unter Dina Boluarte. Seither wurden mehr als 60 Menschen getötet und mehr als tausend verletzt. Die Proteste finden vor allem durch indigene Provinzfürher*innen und die strukturell vernachlässigte indigene Landbevölkerung Perus statt.

Im Mai 2023 stellte die Interamerikanische Menschenrechtskommission - Comisión Interamericana de Derechos Humanos (CIDH) in ihrem [Bericht](#) fest, dass die Polizei und das Militär für die Todesfälle während der Proteste zwischen 2022 und 2023 verantwortlich ist. Doch die Regierung hat sich bisher nicht zu ihrer Verantwortung bekannt und lehnt den Bericht der CIDH öffentlich ab. In der Folge werden die Präsidentin Dina Boluarte und der Kongress von der Bevölkerung weiterhin zunehmend abgelehnt.

* * *